

GLEICHSTELLUNG

Union attackiert Frauenquote

Wirtschaftspolitiker der Union opponieren gegen die Leitlinien von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas (beide SPD) für mehr Frauen in Führungspositionen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen eine mögliche Ungleichbehandlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aufsichtsräten. „Es darf nicht sein, dass der Arbeitgeberseite Auflagen gemacht wer-

den, die von der Arbeitnehmerseite nicht erfüllt werden müssen“, heißt es in einem Beschluss der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der Unionsfraktion. Die Wirtschaftspolitiker stören sich daran, dass die Frauenquote für die Arbeitnehmerbank in den Leitlinien eher vage formuliert ist, aus Rücksicht auf die Mitbestimmungsregeln. Für die Arbeitgeberseite dagegen seien die Regeln und Sanktionen schon klar definiert. Schwesig und Maas wollen erreichen, dass Aufsichtsräte in rund 110 großen börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen ab 2016 schrittweise zu mindestens 30 Prozent mit Frauen besetzt werden.

SCHULEN

2022 ohne Abiturienten

Gymnasien in Bundesländern, die von der acht- zur neunjährigen Schuldauer zurückkehren, droht ein Jahr ohne



Abiturientin bei Prüfung

FELIX KASTLE / DAPD

Abiturienten. Darauf weist die Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien (BDK) in einem Brief an die saarländische Ministerpräsidentin Annetegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hin. „Bei einer Einführung von G9 zum Schuljahr 2014/15, wie dies jetzt in Niedersachsen vorgesehen ist, werden die letzten G8-Schüler im Jahr 2021 und die ersten G9-Schüler im Jahr 2023 Abitur machen“, schreibt der BDK-Vorsitzende Rainer Stein-Bastuck. Daher werde es im Jahr 2022 an den Gymnasien dort keinen Abiturjahrgang geben. Die Direktoren warnen das Saarland davor, dem Trend zu folgen. Die Reform der Reform werde „das Chaos im deutschen Bildungsföderalismus“ noch vergrößern. In den Kultusministerien herrsche „Nervosität und Aktionismus“.

DIPLOMATIE

„Erheblich belastet“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sorgt mit seiner umstrittenen Aussage, wonach Hitler im Sudetenland die gleiche Methode angewendet habe wie Russland nun in der Ukraine, für diplomatische Verwerfungen. Der Vergleich habe Gespräche, die deutsche Spitzenbeamte verschiedener Ministerien in aller Vertraulichkeit mit russischen Vertretern führen, „erheblich belastet“, heißt es aus Regierungskreisen. Die Kontakte finden zum Teil auf informeller, aber hochrangiger Ebene statt, um den Dialog mit der Putin-Administration nach der Annektierung der Krim nicht gänzlich zu kappen. Die russischen

Gesprächspartner seien „extrem erbost“ über Schäubles Einlassung: „Das hat unsere Arbeit nicht einfacher gemacht“, beklagen deutsche Beamte, die zum Teil mit Wissen oder im Auftrag der übrigen G-7-Länder den Kontakt nach Moskau aufrechterhalten. Deutschland komme wegen seiner traditionell guten Beziehungen zu Russland so etwas wie eine Mittlerrolle zu. Beide Seiten haben nach Darstellung deutscher Beamter noch immer eine Reihe gemeinsamer Interessen, dazu zähle der Versuch, die Ukraine finanziell zu stabilisieren. Wenn Kiew etwa seine Gasrechnungen nicht bezahlen könne, hätten auch die Russen ein Problem. Eines der Foren, bei denen westliche und russische Vertreter aufeinandertreffen, sind die G-20-Vorbereitungsrunden der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.